

Paris – Brüssel – Berlin: „Appell an die Vernunft“

von Reiner Bernstein*

„Die Zukunft Israels hängt dringend davon ab, mit dem palästinensischen Volk Frieden auf der Grundlage der Zweistaatenlösung zu erreichen“, lautet die Kernbotschaft des „Aufrufs zur Vernunft“, der Anfang Mai 2010 von französischen Juden unter Führung von Alain Finkielkraut und Henri Bernard Lévy unter Beteiligung des französisch-deutschen Europaabgeordneten Daniel Cohn-Bendit das Licht der Öffentlichkeit erblickte und inzwischen die Zustimmung von weit mehr als sechstausend Juden in vielen Teilen Europas gefunden hat¹.

Unübersehbar lehnt sich der Name des Appells „JCall“ an das US-amerikanische Vorbild „J Street“ von 2008 an², das ein eindrucksvolles Gegengewicht gegen die bekannten Israel-Lobby-Organisationen mit dem „American Israel Public Affairs Committee (AIPAC)“, der „Anti-Defamation League (ADL)“ und dem „American Jewish Committee (AJC)“ aufbaut³. Doch während es sich bei „J Street“ um eine gut positionierte Organisation handelt, an der auch die israelische Regierung nicht länger vorbeikommt, befindet sich „JCall“ noch ganz in der Aufbauphase: Die Suche nach dem politischen Weg zwischen der angestrebten Werbung um die etablierten jüdischen Repräsentanzen in Europa und um die Regierungen der Europäischen Union auf der einen sowie die Reflexion der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern auf der anderen Seite dauert an. Noch ist nicht entschieden, in welcher Weise und mit welchem Gewicht beide Komponenten die künftige Arbeit bestimmen sollen – abgesehen davon, dass „JStreet“ bislang

* München, 18.07.2010 nach Rückkehr von der Tagung in Paris.

die personellen und materiellen Ressourcen fehlen, um die verbal gesteckten Ziele zu erreichen.

Gleichwohl zeichnet sich nun auch in Europa vor aller Öffentlichkeit ein Prozess der politischen Ausdifferenzierung ab. Was Beobachtern seit geraumer Zeit auffällt, wird authentisch: In den jüdischen Gemeinden finden entgegen ihren offiziellen Verlautbarungen kontroverse Diskussionen über den Kurs der Regierung in Jerusalem statt. Nachdem sie sich jahrzehntelang planmäßig der Beteiligung an kontroversen öffentlichen Diskussionen mit einer eiligen Antisemitismus-Vorhaltung und andererseits mit dem Argument verweigert haben, dass sich der Streit um die Besatzungspolitik durch die politische und intellektuelle Unbedarftheit ihrer Gegner von selbst erledigen werde, haben diese die agitatorische Führung im Meinungsbild eines beträchtlichen Teils der Öffentlichkeit übernommen.

Mehr noch: In vielen Fällen steht die Delegitimierung des Staates Israel auf ihrer Tagesordnung, wie Veranstaltungen zu den Büchern von Ilan Pappé („Die ethnische Säuberung Palästinas“) und von Shlomo Sand („Die Erfindung des jüdischen Volkes“) sowie zum „Goldstone Report“ beweisen. Selbst Uri Avnery hat als Friedensaktivist ausgespielt, weil er von seiner Bindung an die Zweistaatenlösung nicht lassen will.

Lässt sich die Entwicklung zurückdrehen? Eine in der Bundespolitik hoch geachtete Parlamentarierin hat uns vor nicht allzu langer Zeit ihre Sympathien für jene bedenkliche Rede Angela Merkels im März 2008 bekundet, in der die Bundeskanzlerin die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson erheben wollte. Das Argument der Abgeordneten war eindeutig: Über Merkels Bekenntnis lässt sich streiten, über die Abschaffung Israels nicht. Ihre Protagonisten sollten überlegen, ob ihr Vorgehen zielorientiert ist, wenn sie an ihrem Anti-Zionismus-Dogma gleich welcher Art festhalten wollen.

Denn „oben“ weiß man längst, welche Stimmungen sich „unten“ breitgemacht haben.

Zweifellos trägt die israelische Politik selbst an den massiven Sympathieverlusten in allen Teilen der europäischen Öffentlichkeit erhebliche Verantwortung. Sie hat es geschafft, die eigene Zusage zur Zweistaatenregelung durch ihr Handeln in den palästinensischen Gebieten von Grund auf zu entwerten. Möglicherweise viel zu spät beginnt sich in den westlichen Hauptstädten die Auffassung zu verbreiten, dass Benjamin Netanyahu wie fast alle Amtsvorgänger den Kredit Israels unverantwortlich und systematisch verspielt haben – zuletzt durch die Bautätigkeit in Ost-Jerusalem und durch die Ankündigung, möglicherweise den neunmonatigen Siedlungsstopp über den 25. September hinaus nicht zu verlängern. Diese autochthone Dynamik zu verteidigen, fällt inzwischen auch dem Zentralrat der Juden in Deutschland schwer.

Eine Initiative wie „JCall“ wird wenig ausrichten können, solange ihr die israelische Politik regelmäßig Forderungen nach dem Interessenausgleich mit den Palästinensern aus der Hand schlägt. Ihr Hauptaugenmerk – die Bemühungen um eine neue Offenheit des politischen Diskurses in der jüdischen Öffentlichkeit Europas – könnte freilich Früchte tragen, wenn palästinensische Spitzenpolitiker wie Machmud Abbas und Salam Fayyad in die jüdischen Repräsentationskörperschaften eingeladen werden, um einen offenen Dialog in Gang zu setzen. Bis dahin jedoch ist noch ein langer Weg zurückzulegen. Er ist auf die Konzentration aller Kräfte gebunden, die auf die Partnerschaft mit der israelischen Friedensszene angewiesen sind. Und auf die Palästinenser, ohne die es keine Zweistaatenlösung gibt.

¹ Die deutsche Fassung des „Appells an die Vernunft“ ist in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage verfügbar.

² Zur Programmatik von „J Street“ siehe meinen Beitrag „Our Middle East“ in der Menüleiste „Veröffentlichungen“ dieser Homepage verfügbar.

³ Eine gute Übersicht über die politischen Stimmungen innerhalb der US-amerikanischen Juden gegenüber der israelischen Politik hat Sara Roy in ihrem Beitrag „Reflections on the Israeli-Palestinian Conflict in U.S. Public Discourse: Legitimizing Dissent“ in der Zeitschrift „Journal of Palestinian Studies“ # 154, XXXIX (Winter 2010)2, S. 23 ff., jüngst analysiert.

-.....-